

STAND UP FOR EUROPE!

Wenn es die Europäische Union noch nicht gäbe, müssten wir Sie heute erfinden!

Diese Grundüberzeugung mag angesichts der vielen Probleme und der teilweise schmerzhaft empfundenen Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union zunächst verwundern. Viele Menschen empfinden die EU als zu intransparent und undemokratisch und erwarten in vielen drängenden politischen und gesellschaftlichen Fragen von ihr keine Lösungen mehr. Der Grundkonsens, dass es zur EU keine vernünftige Alternative gibt erodiert und wird teilweise von den Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten in Frage gestellt.

Dieser erschreckende Befund ist auch das Ergebnis der jahrelangen Ideen- und Mutlosigkeit der nationalen Politiker und Parteien Ideen zu entwickeln, um die EU transparenter und effektiver weiter zu entwickeln. Viele Politiker haben stattdessen den scheinbar bequemen Weg gewählt, "Brüssel" für alle unliebsamen oder strittigen Entscheidungen verantwortlich zu machen, anstatt inhaltlich für gemeinsame Lösungen zu streiten. Die Tatsache, dass die meisten dieser Entscheidungen von den nationalen Regierungen selbst und nicht von der "Bürokratie" in Brüssel oder dem EU Parlament getroffen wurde, schien dabei nicht weiter zu stören; der jahrelange Prozess der wachsenden Entfremdung der Bürger von der EU wurde verantwortungslos als Kollateralschaden in Kauf genommen.

Weite Teile der öffentlichen Debatte wurden von Anekdoten bestimmt, welche die scheinbare Übergriffigkeit der „Brüsseler Bürokratie“ illustrieren sollten. Jeder wird sich an Geschichten über Gurkenkrümmungsgrade und technische Details über Glühbirnen und Staubsauger erinnern, als hätte es in den Nationalstaaten keine Industrienormen oder Verpackungsverordnungen gegeben, ohne dass es die meisten Bürger besonders skandalös fanden. Im Zweifel hätten es die meisten Bürger wahrscheinlich sogar begrüßt, das Haushaltsgeräte in der Europäischen Union auf Grund solcher Vorschriften relativ sicher waren und die wenigsten hätten ein ernsthaftes Interesse an Verpackungsvorschriften entwickelt. Erst als im Rahmen der Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes, die vergleichbaren Vorschriften der 28 Mitgliedsstaaten in eine Vorschrift zusammengefasst wurden, war dies Gegenstand der öffentlichen Erregung.

Dabei bestand der eigentliche Skandal nicht in der Tatsache, dass es derartige Vorschriften gab, sondern darin dass viele Politiker und verantwortliche Vertreter der Zivilgesellschaft mit diesen Anekdoten zynisch dazu beigetragen haben, die Europäische Union lächerlich zu machen, anstatt einen ernsthaften Diskurs über den tatsächlichen Reformbedarf der Europäi-

schen Union und über Ideen zu ihrer Weiterentwicklung zu führen. Wir dürfen die Kritik an der Europäischen Union aber nicht denjenigen überlassen, die sie zerstören wollen sondern müssen den Diskurs über notwendige Reformen selber konstruktiv und sachlich führen.

Neue europäische Initiativen brauchen wir!

In diese Situation hinein haben sich vor einem Jahr die zivilgesellschaftlichen Organisationen "Pulse of Europe" und "Stand up for Europe" gegründet. Letztlich verbindet beide Organisationen der Gründungsimpuls pro-europäischer Bürger in einer als fundamental empfundenen Bedrohungssituation für die Werte und Ziele der europäischen Idee einzutreten.

Dazu war es zunächst erforderlich, sich noch einmal auf das Wesentliche und Verteidigungswerte zu besinnen, das auf Grundlage dieser Werte und Ziele in den europäischen Gesellschaften erreicht wurde.

Nirgends auf der Welt genießen die Freiheits- und Gleichheitswerte des einzelnen Bürgers eine vergleichbare Anerkennung und den Schutz der staatlichen Organe wie in unseren freiheitlichen und liberalen Gesellschaften. Die Erkenntnis, dass sich die Freiheit und Würde des Einzelnen letztlich nur in der Freiheit und Würde Aller verwirklichen lässt, ist zutiefst humanistisch und Grundlage eines Wertegerüsts, das sich immer wieder im Alltag bewähren muss. Die soziale Marktwirtschaft enthält zumindest im Grundsatz sowohl die Freiheit und Förderung der Starken und Leistungsfähigen, als auch die Gemeinverantwortung wirtschaftlichen Handelns. Wir können stolz auf diese Werte sein, die Europa auch für viele Menschen außerhalb Europas zum Vorbild machen.

Europa ist auch das größte Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts, das die Versöhnung von Menschen und Völkern ermöglichte, die noch vor wenigen Jahrzehnten in ewiger „Erbfeindschaft“ gefangen schienen.

Europa ist aber auch das große Zukunftsprojekt, dessen Entwicklung darüber bestimmen wird, wie selbstbestimmt und frei wir in Zukunft leben werden. Ob es um die Durchsetzung fairer Handelsbeziehungen und den Schutz sozialer Standards, den äußeren Schutz und die Verteidigungsfähigkeit Europas, die innere Sicherheit und die Bekämpfung von Terrorismus, die Auswirkungen der weltweiten Flüchtlingsströme, der Schutz der Umwelt. Keine der aktuellen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen lässt sich nationalstaatlich besser und effektiver lösen als durch die Europäische Union.

Es ist ein Irrweg zu glauben, nationale Souveränität würde sich am besten in nationalstaatlichen Alleingängen oder losen Bündnissen verwirklichen. Tatsächlich werden wir unser freiheitliches und liberales Gesellschaftsmodell nur erhalten und die Herausforderungen der Zukunft nur lösen, wenn wir die Europäische Union weiterentwickeln und die Bürger Europas wieder dafür begeistern.

Die zahlreichen Gegner der Einigkeit Europas haben das schon lange verstanden. Es ist Zeit, dass auch wir Befürworter Europas uns dies in aller Klarheit bewusst machen.

Eine so weitgehende Übertragung hoheitlicher Souveränitätsrechte auf eine europäische Ebene bedarf einer demokratischen und parlamentarischen Kontrolle auf und damit auch einer Ebene der Staatlichkeit in Form der Vereinigten Staaten von Europa oder einer Europäischen Republik. Es wird für solch weitgehende notwendige Entwicklungen nicht ausreichen, dass die demokratische Kontrolle alleine über nationale Parlamente einzelner Mitgliedsstaaten nach einem jeweils unterschiedlichen gesetzlichen Rahmen und ohne eine gemeinsame paneuropäische demokratische Willensbildung erfolgt. Wir brauchen daher eine massive Stärkung des Europaparlaments um den europäischen Bürgern die Transparenz, Mitbestimmungs- und Kontrollrechte zu geben, die unserem Demokratieverständnis gemeinhin entsprechen.

Viele Bürger sehen eine solche Stärkung der Europäischen Union mit Sorge. Sie haben Angst vor Fremdbestimmung und dem Verlust nationaler Identität. Ein solcher Prozess der gemeinschaftlichen Wahrnehmung von Souveränitätsrechten darf daher nicht mit einer Schwächung demokratischer Rechte einhergehen. Es geht nicht darum, den europäischen „Superstaat“ an die Stelle der bisherigen Nationalstaaten zu setzen, sondern um eine zusätzliche Ebene der Staatlichkeit um die Aufgaben, die nur auf dieser Ebene sinnvoll zu lösen sind gemeinsam zu lösen und auch auf dieser Ebene die gleichen demokratischen Rechte der Bürger Europas zu garantieren. Die Europäische Union darf keine künstliche einheitliche Kultur anstelle gewachsener kultureller Identitäten anstreben und tut dies auch nicht. Europa lebt von seinem kulturellen Reichtum. Er ist nicht Schwäche sondern Stärke und macht Europa potentiell zu einem einmaligen Ort der Kreativität und Toleranz. Europa ist Einheit in Vielfalt.

Kulturelle Identität ist aber nie eindimensional sondern speist sich immer aus verschiedenen Quellen, die erst zusammen die Identität einer Persönlichkeit oder die kulturellen Anknüpfungspunkte beschreiben, die eine Gemeinschaft prägen. Jeder von uns wird eine Verbundenheit mit seiner engeren örtlichen Heimat empfinden, die seine Identität mitgeprägt haben, mit der Region, in der diese Heimat liegt, und mit seinem Nationalstaat. Keine dieser Identitäten steht zueinander in Widerspruch, kein Mensch muss sich zwischen ihnen entscheiden. Das gleiche gilt für die europäische Identität, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat und mittlerweile wieder Bürger überall in Europa verbindet.

Welche Rolle kommt in diesem Prozess Organisationen wie Stand up for Europe zu und was hat sich in dem Jahr entwickelt, seit Stand up for Europe im Dezember 2016 durch den Zusammenschluss der drei Vorgängerorganisationen "European Federalist Party" , "Stand up for Europe" und "United States of Europe now“ gegründet wurde?

STAND UP FOR EUROPE!

„Stand up for Europe“ hat mittlerweile rund 1200 Mitglieder die in über 40 city-teams organisiert sind und einen prominenten Unterstützerkreis führender Persönlichkeiten der europäischen Zivilgesellschaft. Die verschiedenen City-teams haben in ganz Europa Veranstaltungen zu europäischen Themen durchgeführt und sind ein fester Bestandteil der pro-Europäischen Community in den verschiedenen Städten geworden. Darüber hinaus waren wir Mitorganisatoren des *March for Europe* in Rom zum Jahrestag der römischen Verträge.

Gemäß dem Gründungsmotto „federalize the federalists“ strebt „Stand up for Europe“ die Zusammenarbeit und sogar den Zusammenschluss mit anderen europäischen Organisationen an, damit die pro-europäische Zivilgesellschaft die Bedeutung und Durchschlagskraft entwickelt die den Herausforderungen und ihrem Potenzial entspricht. Jede dieser Organisationen hat ihre eigene Organisationskultur und Handlungsform. Wir müssen uns aber fragen lassen, inwieweit wir das Trennende in diesen Unterschieden betonen, oder ob wir das verbindende Ziel in den Vordergrund stellen, um an Stelle einer fortschreitenden Fragmentierung eine pro-europäische Bürgerbewegung zu schaffen, die gestalterische Relevanz in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung hat.

Zur besseren projektbezogenen und organisationsübergreifenden Verknüpfung auf lokaler Ebene hat „Stand up for Europe“ ein Online-Tool entwickelt, das sie anderen interessierten pro-europäischen Organisationen kostenlos und bedingungslos zur Verfügung stellt.

Daneben hat „Stand up for Europe“ innerhalb eines Jahres die mit über 120 000 Followern auf Facebook weitverbreitetste pro-europäische Social Media Seite in Europa geschaffen.

Trotzdem stehen wir erst am Anfang. Die Herausforderungen sind nicht geringer geworden, aber wir sehen an der Reaktion vieler Menschen auf die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron, dass sie darauf gewartet haben, dass wieder Ideen und konkrete Zukunftsprojekte mit Europa verbunden werden. In den Zivilgesellschaften verschiedener europäischer Länder organisieren sich Bürger, die die Europäische Idee verteidigen und weiter entwickeln wollen, und sich der negativen anti-europäischen Stimmung entgegenstellen, die in den letzten Jahren die Diskussion geprägt hatte. Die Zustimmung zu Europa steigt. Dies beruht vor allem aus dem Erschrecken über die politische Entwicklung in anderen Teilen der Welt und auf dem klaren europäischen Bekenntnis des französischen Präsidenten Macron.

Die pro-europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie „Pulse of Europe“ und „Stand up for Europe“ haben je auf ihre Weise die öffentliche Debatte ebenfalls mitgeprägt. Wir sind in einer entscheidenden Phase der europäischen Entwicklung, in der die europäischen Bürger und Politiker entscheiden müssen, ob sie den Mut haben, weitere wichtige Integrationsschritte zu wagen und die Zukunft gemeinsam zu gestalten. In Deutschland ist schon einmal mit schrecklichen Folgen eine Demokratie an einem Mangel an Demokraten gescheitert. Europa darf nicht an der Bequemlichkeit seiner Bürger und an der Ideenlosigkeit seiner Politiker scheitern. Haben wir den Mut für den Neustart eines Europas der Bürger!

Autor:

Peter Willisch ist Rechtsanwalt und Geschäftsführer einer Investmentgesellschaft. Er ist Mitgründer und Mitorganisator von „Pulse of Europe“ und von „Stand up for Europe“ in München.

Weitere Informationen: <http://www.standupforeurope.eu/?lang=de>

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de